

Dr. Claudia Wiesner
Philipps-Universität Marburg
Zentrum für Konfliktforschung
Wilhelm-Röpke-Str. 6M
35032 Marburg
e-mail: Claudia.wiesner@staff.uni-marburg.de

Europäische Identität und nationale EU-Diskurse – ein vergleichender Blick auf Deutschland und Frankreich

Vortrag auf der Konferenz
„Demokratieforschung als vergleichende Politikforschung“
des Arbeitskreises „*Demokratieforschung*“
im Rahmen der Sektionstagung „Vergleichende Politikwissenschaft der DVPW,
Delmenhorst, 10.11.2007

1. Einführung: Kurzfassung des Habilitationsprojektes „Europäische Identität und nationale Demokratie“

Ich werde Ihnen im Folgenden mein Habilitationsprojekt vorstellen, dessen Thema die Herausbildung europäischer Identität und deren Beziehung zu nationalen Europadiskursen, nationaler Identität und nationaler politischer Kultur – kurz also: zu nationaler Demokratie ist. Ziel ist es, diese Zusammenhänge am Beispiel zweier Staaten, Deutschlands und Frankreichs, zu untersuchen. Die Untersuchung geht mit mehreren Forschungsaufenthalten am *Institut des Études Politiques (IEP)* in Paris einher, dem ich als Postdoktorandin angehöre.

2. Forschungsthema und Ausgangsthesen : Die Demokratisierung der EU und die Herausbildung europäischer Identität

Zur Entwicklung einer Arbeitsdefinition von europäischer Identität sowie meines Untersuchungsmodells habe ich normative, methodische und empirische Ergebnisse zur Konstruktion kollektiver und europäischer Identität analysiert.

1.1. Normative-Demokratiethoretische Ausgangsthesen

Für die Konzeption europäischer Identität sind zunächst zwei demokratiethoretische Überlegungen besonders relevant: Erstens: Demokratie, gleich, ob man ein republikanisches, ein kommunitaristisches oder ein liberales Leitbild zugrund legt, muss aus normativer Sicht nicht allein aus Wahl- und Bürgerrechten, sondern auch aus demokratischer Praxis bestehen. Das bedeutet für die EU, dass ihre demokratischen Institutionen und Verfahren von einem demokratischen Subjekt, einem *Demos*, getragen werden müssen, der sich in einem Mindestmaß auch selbst als solcher definiert. Demokratische Identität meint dann diese *Selbstdefinition des Demos* (also ein Bewusstsein von und eine Identifikation mit der Ebene, auf die sich Rechte und demokratische Praxis beziehen)

Ich will an dieser Stelle nur kurz darauf verweisen, dass es in der deutschen Diskussion zwei entgegen gesetzte Grundsatzpositionen zur Entstehung eines europäischen *Demos* gibt. Zum einen die so genannte *Kein-Demos-These* (Weiler 1995: 4), die besagt, die EU habe keinen *Demos*, denn es fehlten ihr Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und insbesondere europäische Identität. Da diese auch perspektivisch nicht entstehen könnten, dürfe die EU nicht ohne Weiteres demokratisiert werden. So argumentierten etwa Fritz Scharpf (1998) oder Peter Graf Kielmannsegg (1996 und 2003).

Zwar verweist die *Kein-Demos-These* zu Recht auf Elemente, deren Ausfüllung ein *EU-Demos* bedarf. Zurückzuweisen ist jedoch, und zwar aus normativer wie aus empirischer Sicht, ihr Postulat einer normativ als verbindlich zu betrachtenden zeitlichen Abfolge von *Demos*-Bildung und Demokratisierung, (also etwa: „erst *Demos*-Bildung, dann Demokratisierung“). Prozesse der *Demos*-Bildung, das hat die Forschung zur Nationenbildung (siehe etwa Anderson 1993, Gellner 1991, Hobsbawm 1991) gezeigt, laufen zum einen in der Praxis erheblich komplexer ab. Zum

anderen, und das betonen die Vertreter der zweiten Grundsatzposition in der deutschen Debatte wie Habermas (1997) und Lepsius (1999), können und werden sich Europäische Identität, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft gerade durch Demokratisierung und daraus resultierende *demokratische Praxis* auf EU-Ebene herausbilden. Auf dieser Position baue ich auf.

Die zweite normative Grundsatzüberlegung ist: Weil es keine abstrakten einheitlichen Individuen gibt, muss demokratische Identität Differenzen im Hinblick etwa auf Kultur, Geschlecht oder Herkunft respektieren und zur Geltung kommen lassen (siehe dazu etwa Habermas 1997; Taylor 1997). Angesichts der Heterogenität der EU heißt das, dass europäische Identität auf einem Mindestmaß an Einigkeit bei größtmöglicher Akzeptanz von Differenz beruhen muss. Sie kann demnach nur auf einem relativ eng begrenzten Set an ausschließlich *politisch-demokratischen* Grundwerten basieren, darf jedoch nicht auf Religion oder Kultur rekurren (vgl. dazu Habermas Ausführungen zum Verfassungspatriotismus, 1997: 266ff).

2.2. Zur methodischen Konzeption europäischer Identität

Zur *methodischen* Konzeption kollektiver Identität sind vor allem die Ergebnisse der konstruktivistischen Nationalismusforschung relevant. Über folgende zentrale Aspekte besteht in der Debatte Einigkeit (siehe etwa Giesen 1993, Anderson 1993, Gellner 1991, Hobsbawm 1991): Kollektive Identität ist erstens nicht naturwüchsig oder vorhistorisch vorhanden, sondern wird grundsätzlich in sozialen Prozessen konstruiert (Giesen 1993: 28) beziehungsweise diskursiv erzeugt und dabei mit Bedeutungsgehalten aufgeladen. Damit ist zweitens kollektive Identität nichts Feststehendes, sondern veränderlich und beeinflussbar. Drittens ist Grundlage von Demokratien nicht ein homogenes Volk oder eine homogene Nation, sondern es bestehen zahlreiche Differenzen unter den verschiedensten Bevölkerungs- und Personengruppen. Viertens sind Identitäten ablösbar von geographischen Räumen, auch wenn in ihnen regionale Bindungen und Länderprägungen wirken. Fünftens gibt es keine einfachen Identitäten. Sie sind vielmehr immer komplex und drücken Zugehörigkeiten auf allen Ebenen der menschlichen Existenz aus (Thadden 1991: 496f). In der Konstruktion kollektiver Identitätsmuster haben sechstens *Stereotypen* eine zentrale Rolle. Sie dienen der Abgrenzung des „Eigenen“ (Autostereotypen) vom „Fremden“ (Heterostereotypen) (Hahn 1995). Von „kollektiver Identität“ kann man siebtens nur insofern sprechen, als dass kollektiv geteilte Haltungen, Werteorientierungen und Wahrnehmungsweisen auch Bestandteile individueller Identität sind (Langenohl 2000: 61ff). Es handelt sich also eher um *kollektive Identifikationsmuster* als um „kollektive Identität“ im eigentlichen Sinn.

2.3. Forschungsergebnisse zur Konstruktion europäischer Identität

Schließlich habe ich zur Entwicklung meines Untersuchungsmodells *empirische* Befunde zur Entstehung europäischer Identität einbezogen.

Die Ergebnisse *quantitativ-empirischer* Untersuchungen betreffen vor allem die Ebene der EU-Bürger: Erstens zeigen diese bereits eine schwache Form von Identifikation mit der EU, die bei der

Mehrheit auch positiv besetzt ist. Diese ist aber zweitens nicht konstant: sie variiert je nach Mitgliedstaat, kann durch sozioökonomische Entwicklungen positiv oder negativ beeinflusst werden (für eine Übersicht siehe Pichler 2005)¹, und grundsätzlich sind besser gebildete oder gestellte Bevölkerungsgruppen positiver zur EU eingestellt als andere (siehe etwa Bréchon / Cautrès / Bernard 1995). Drittens bewegt sich die Identifikation von EU-Bürgern als „Europäer“ dann auf niedrigem Niveau, wenn sie in Konkurrenz zur Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat gestellt wird, nicht aber, wenn sich beide Identitätsebenen ergänzen (Westle 2003).

Die Ergebnisse *diskursanalytischer* Arbeiten beziehen sich auf eine andere Ebene: sie betrachten eher *EU-Funktionseliten*. Aber auch sie verdeutlichen, dass nationale und europäische Identität aufeinander bezogen sind (Delanty 1999; Marcussen u.a. 2001). Und sie zeigen, dass verschiedene „nationale Europaerzählungen“ existieren. Diese wurden vor allem durch nationale Elitendiskurse geprägt und unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Motive und ihre Ausrichtung, denn sie mussten jeweils mit den Interessen der nationalen Eliten, aber auch mit den nationalen Identitätsdiskursen kompatibel sein.

Identitätskonstruktionen auf europäischer Ebene zeigen schließlich bestimmten Ähnlichkeiten zum Nationalstaat: Identifikation mit der EU wird diskursiv hergestellt und durch institutionelle Praxen und sozioökonomische Strukturen beeinflusst. In Elitendiskursen spielt die Abgrenzung von „Anderen“ (in Gestalt der USA oder Japans) eine entscheidende Rolle, und es wird regelmäßig positiv auf EU-Autostereotypen rekurriert, (etwa im Verweis auf Europa als „Garant des Friedens“) (Wodak / Puntcher-Riekman 2003).

Nach diesen Überlegungen kann folgende Arbeitsdefinition für „europäische Identität“ festgehalten werden: Es geht darum, dass die EU-Bevölkerung in Bezug auf die *polity* EU ein Mindestmaß (das bedeutet hier auch: es ist zu klären wie viel „Mindestmaß“ ist!) an *positiver Identifikation* sowie an *kollektiv oder mehrheitlich geteilten politisch-demokratischen Haltungen, Werteorientierungen* (das bedeutet hier auch: die Klärung der Frage, welche Werte wichtig sind!) und *Wahrnehmungsweisen* entwickelt. Dieses muss es ermöglichen, konfligierende Identifikationen und Wertehaltungen auszubalancieren. Europäische Identität wird, wie nationale Identität auch, diskursiv hergestellt und kann durch sozioökonomische Faktoren beeinflusst werden. Sie wird bislang im Elitendiskurs in Bezug zu Abgrenzungen nach außen gesetzt und auf einen oder mehrere Gründungsmythen bezogen. Vergleichbar föderalen Nationalstaaten, ist europäische Identität Teil einer Mehrebenenidentität, die trägt, wenn nationale und europäische Identifikationen sich ergänzen und nicht konkurrieren. Dabei werden sich verschiedene nationale Europaerzählungen fortschreiben.

Diese sind als *dominante nationale Diskurse* zu verstehen, die zumeist stark von *nationalen Eliten* geprägt werden, der EU bestimmte Eigenschaften oder Werteorientierungen *zuschreiben* und dies – in positivem Bezug oder abgrenzend - mit einer entsprechenden Zuschreibung an den eigenen

¹ So wirkt sich das Leben im deutsch-französischen Grenzgebiet positiv auf Zugehörigkeitsgefühle zur EU aus (Schmidberger 1998). In Zeiten höherer Arbeitslosigkeit und ökonomischer Probleme

Staat verbinden. Das bedeutet auch: die Entstehung europäischer Identität ist an nationale Identität gebunden - und damit wiederum an diejenigen Faktoren, die deren Entstehung und Veränderung prägen: Diskurse bzw. Debatten, individuelle Einstellungen, aber auch der *sozioökonomische Kontext und das politische System eines Staates und seine politische Kultur*. *Europäische Identitätsbildung hat schließlich auch Folgen für nationale Identität – sie kann nämlich in mehr oder weniger großem Ausmaß zu einer Europäisierung nationaler Identitäten, oder aber auch zu einer Abgrenzung nationaler Identitäten führen.*

2.4. Leitfragen des Forschungsvorhabens

Meine drei zentralen Untersuchungsfragen setzen hier an und beziehen sich auf Aspekte, die bislang noch nicht oder nicht im Detail untersucht wurden.

Erstens: Inwieweit ist die Herausbildung europäischer Identität an die Veränderung nationaler Identität gekoppelt?

Zweitens: Inwiefern haben spezifische Ausprägungen nationaler politischer Kultur und nationaler politischer Systeme Auswirkungen auf die Herausbildung und Veränderung nationaler und europäischer Identität sowie der Beziehung zwischen ihnen?

Drittens: *Identität bildende Diskurse* werden – noch? - vorwiegend von EU-bezogenen *Eliten* geführt und auch in Bezug auf diese untersucht, während bei der Betrachtung von *Identifikationsraten* die *EU-Bevölkerung* im Fokus steht. Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass, *ob und wie* Identität bildende, vorwiegend elitäre Diskurse und die Entwicklung von Identifikation der Bevölkerung *aufeinander bezogen* sind?

2.5. Wahl der Fälle

Um diese Fragen zu untersuchen, betrachte ich beispielhaft zwei „nationale Europaerzählungen“ in ihrem nationalen Kontext.

Als erstes Beispiel habe ich die *französische Referendumsdebatte zum EU-Verfassungsvertrag* ausgewählt. Als zweites Beispiel werde ich die *Debatte um die Ratifizierung des Verfassungsvertrages im deutschen Bundestag* heranziehen. Beide fanden im Frühjahr 2005 statt und sind EU-bezogene Debatten um das „Eigene“ und das „Fremde“ - um ein spezifisches französisches oder deutsches Europakonzept, wie auch ein europäisches Frankreich- oder Deutschlandkonzept. Sie sind also als *Diskurse um die Definition von französischer beziehungsweise deutscher europäischer Identität* zu interpretieren.

Deutschland und Frankreich sind zum einen in vielfacher, für die Frage nach der Herausbildung europäischer Identität entscheidender Hinsicht ähnlich gelagerte Fälle: beide sind Gründerstaaten der EU und also seit heute 50 Jahren Mitglied, beide sind große Mitgliedstaaten, beide liegen in Mitteleuropa. In den vergangenen 50 Jahren waren es diese beiden Staaten, deren Regierungen regelmäßig gemeinsam zentrale europapolitische Initiativen vorantrieben. Wesentliche Variablen

nimmt jedoch die Zustimmung zur EU ab (Immerfall/Sobisch 1997).

sind damit bei beiden Fällen gleich gelagert². Die Staaten unterscheiden sich jedoch auch in mehreren Variablen, die die Fallauswahl im Hinblick auf die Fragestellung besonders fruchtbar machen.

So sind die *Modelle nationaler Identität* bekanntermaßen unterschiedlich: Deutschland ist das klassische Beispiel für ein kulturnationales Modell, Frankreich für ein politisches und assimilatorisches. In Frankreich *gab es ein Verfassungsreferendum, was eine intensive Debatte überhaupt erst ermöglichte, in der Elitendiskurse und Meinungen der Bürger interagierten. Die EU wurde für 6 Monate quer durch fast alle Schichten ein zentrales politisches Thema. Deutschland* dagegen nahm kein Referendum vor, und es gab nur eine gering ausgeprägte öffentliche Debatte. So diese stattfand, verließ sie kaum die Ebene politischer und medialer Eliten. *Das politische System und die politische Kultur* Frankreichs – präsidential, mit einer traditionell starken Rolle für Protestbewegungen und einem schwachen Parlament mit Mehrheitswahlrecht – setzen ganz andere Rahmenbedingungen für die Debatte als in Deutschland mit seinem parlamentarischen System mit proportionalem Wahlsystem und einer nach wie vor ausgeprägten Konsenskultur. In Frankreich ist schließlich das *Verhältnis sowohl nationaler Identitätsmuster als auch der politischen Eliten* zur EU traditionell widersprüchlich. Das Verhältnis sowohl der deutschen Funktionseleiten zur EU als auch der konstruierten Beziehung der nationalen Identität zur europäischen Identität ist dagegen deutlich weniger konfliktträchtig: es gibt vielmehr eine Art nationalen Elitenkonsens über diese Zugehörigkeit.

Angesichts dieser Unterschiede ist zu erwarten, dass die resultierenden Differenzen in der Entwicklung der nationalen Europaerzählungen nicht primär in der Rolle der beiden Staaten in der EU begründet liegen, sondern tatsächlich vor allem auf den unterschiedlichen nationalen Kontexten beruhen, deren Einfluss in diesem Vorhaben untersucht werden soll.

2.6. Methodik und Vorgehensweise

Beide Debatten werden im vorliegenden Forschungsvorhaben als Diskurse um französische beziehungsweise deutsche Identität in der EU sowie um nationale Identität betrachtet. Dies ist die zentrale erkenntnistheoretische Prämisse der Untersuchung. Aus ihr resultieren folgende weitere methodische Prämissen für die Analyse von Diskursen (zum Folgenden vgl. Keller 2004: 34ff; 62ff; Wood/Kroger 2000: 95; Johnstone 2002: 63ff, 107; Titscher u.a. 2000: 53ff):

- Ein Zusammenhang von thematisch oder institutionell abgrenzbaren, Bedeutung konstituierenden Ereignissen oder Praktiken wird als Diskurs verstanden.
- Soziale Akteure handeln in Diskursen Wirklichkeitsdefinitionen und symbolische Ordnungen aus. Diskurse sind dabei nicht willkürlich oder zufällig, sondern nach bestimmten Regeln strukturiert, die Sagbarkeit und Bedeutungszuschreibungen von Beiträgen beeinflussen.

² Ein solcher Vergleich wäre damit nicht möglich etwa bei Deutschland / Polen: dann wären die Unterschiede in den Variablen so groß (hinzu kämen Unterschiede wie neuer Mitgliedstaat versus alter Mitgliedstaat, Transformationsstaat versus etablierte Demokratie etc.), dass die Frage wäre, ob die Ergebnisse überhaupt eine Aussagekraft hätten.

- Grundsätzliches Ziel einer Diskursanalyse ist, zu erklären, was im Diskurs geschieht, wie dies vonstatten geht und welche Regeln und Faktoren dabei bestimmend wirken.

Darüber hinaus gibt es jedoch keine einheitliche diskursanalytische Methodik, weil verschiedenste Herangehensweisen existieren. Die Untersuchung folgt den methodischen Prämissen der kritischen Diskursanalyse, die Diskurse nicht nur als zentrale Elemente für die Verbreitung und Reproduktion von Ideologien interpretiert, sondern auch davon ausgeht, dass sie durch sozioökonomische Faktoren und Interessen bestimmt werden, die mit zu untersuchen sind (Johnstone 2002: 45ff, siehe auch Titscher u.a. 2000: 144ff; Wood/Kroger 2000: 21ff; Johnstone 2002: 45ff sowie Foucault 1981, Foucault 1997). Dies geschieht im Unterschied zu anderen Ansätzen, die betonen, in eine Diskursanalyse dürften keine Faktoren außerhalb des Diskurses einbezogen werden (so etwa Wood/Kroger 2000: 64).

Bei der Untersuchung wird daher davon ausgegangen, dass Diskurse nicht als in sich geschlossene Bedeutungszusammenhänge zu betrachten sind. Es wird vielmehr angenommen, dass sie nicht nur potenziell offen sind für Einflüsse von außerhalb dieser Zusammenhänge, sondern grundsätzlich von den sozioökonomischen und politischen Hintergrundkonstellationen und von gesellschaftlichen Gruppen beeinflusst werden können. Diese sind daher mit zu untersuchen. Entsprechend erfasse ich in einer Kombination qualitativer und quantitativer Methoden für beide Debatten den Kontext nationaler politischer Kultur, des politischen Systems, und der zentralen Motive nationaler Identität. Die Debatten selbst untersuche ich primär nach den Standards der qualitativen Inhaltsanalyse. Ergänzend nehme ich eine empirische Sekundäranalyse von während der Debatte durchgeführten Meinungsumfragen vor. (Das Untersuchungsdesign baut dabei erstens auf den Ausführungen von Kelle und Kluge (1999) zum qualitativen Arbeiten, zweitens auf den Vorschlägen Kellers (2004) zur kritischen Diskursanalyse und drittens auf den von Gläser und Laudel (2004) entwickelten Standards der qualitativen Inhaltanalyse auf.

Der zu analysierende Datenkorpus setzt sich für Frankreich zusammen aus Beiträgen zur Referendumsdebatte in vier französischen nationalen Qualitätszeitungen, die die Breite des politischen Spektrums repräsentieren: der eher konservative *Le Figaro*, die in der liberalen Mitte zu verortende *Le Monde*, der mitte-links Tageszeitung *Libération*, und der kommunistischen Tageszeitung *L'Humanité*. Der Zeitraum, auf den sich die Materialsammlung für die Verfassungsdebatte erstreckt, geht von Januar bis Juni 2005. Die Daten wurden in der Datenbank des IEP recherchiert und werden derzeit in mehreren Schritten mit der Software MaxQDA zur qualitativen Textanalyse verkodet und ausgewertet. Für Deutschland soll eine vergleichbare Analyse mit den Tageszeitungen Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung und taz sowie gegebenenfalls der Jungen Welt durchgeführt werden.

3. Französische nationale Identität und die französische nationale Europaerzählung

Was meine Ergebnisse anbelangt, so sind diese bisher für den ersten Fall Frankreich weiter gediehen als für Deutschland.

3.1. Die Entwicklung der französischen Europaerzählung und die Rolle der Referendumsdebatte

Die inhärenten Konflikte zwischen Frankreichs Modell nationaler Identität und staatlicher Souveränität und der europäischen Integration haben sich im Verlauf des Integrationsprozesses vielfach gezeigt. Zum einen äußerten sie sich in den Debatten zu den Referenden 1992 und 2005 in Form von konstruierten Gegensätzen zwischen Frankreich als „dem Eigenen“ und der EU als „dem Anderen“. Zum anderen haben, wiewohl Frankreich einer der Gründerstaaten der EU ist, Frankreichs Regierungen und seine politische Klasse seit jeher ein gespaltenes Verhältnis zur europäischen Integration. Alle Regierungen mussten die Interessenkonflikte zwischen Integrationsbefürwortern und Verteidigern der nationalen Souveränität in ihrer Europapolitik ausbalancieren.

So vertraten Frankreichs innenpolitische Eliten zu Beginn des Integrationsprozesses zunächst eine „gaullistische Europaerzählung“, in der Frankreichs Souveränität, Einzigartigkeit und *grandeur* im Vordergrund standen. Es gab dabei widersprüchliche europapolitische Ziele: Europa sollte stark genug sein, um den wieder wachsenden deutschen Einfluss einzudämmen und um Frankreichs Einfluss gegenüber den Weltmächten USA und UdSSR zu vergrößern (Balme / Woll 2005: 97ff). Dabei sollte aber Frankreich möglichst wenig Souveränität abgeben und vor allem Vorreiter in der Integration sein.

Die Auswirkungen dieser widersprüchlichen Konstellation zeigten sich etwa darin, dass sich De Gaulle dem Beitritt Großbritanniens widersetzte oder aus Protest gegen die Einführung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat die so genannte Politik des leeren Stuhls betrieb. Dabei war Frankreichs *Bevölkerung* aber über den gesamten Integrationsprozess ähnlich positiv zur EU eingestellt wie die deutsche – seit dazu Daten erhoben werden, lagen die Zustimmungsraten kontinuierlich bei 50-70%.

Ab Beginn der 1970er Jahre veränderte sich die dominierende Elitenargumentation. In den 1980er Jahren prägten die Sozialisten um Mitterrand die Idee, dass „Frankreichs Zukunft in Europa liege“. Fortan stand die Ausdehnung der französischen *mission civilisatrice* in Bezug auf die EU im Vordergrund - weil letztlich alle ihre Mitgliedstaaten Kinder der Aufklärung, der Demokratie und des Republikanismus seien (Marcussen u.a. 2001).

Die Maastricht-Debatte vor dem Referendum 1992 machte jedoch deutlich, dass die grundlegenden Gegensätze nicht nur weiter bestanden, sondern auch entscheidungsrelevant werden konnten. Die Debatte zeigte nicht nur, dass die Positionierung zur EU die gesamte politische Klasse spaltete, sondern auch, dass der Elitendiskurs und die Meinung der Bürger zur EU interagieren, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Opposition gegen den Vertrag kam nicht allein von den Extremen des politischen Spektrums – Kommunisten, Troztkisten und Front National – sondern auch aus Teilen der klar gespaltenen bürgerlichen Rechten (UDF und RPR). Allerdings unterschieden sich die Motive der Kritik: Kommunisten und Troztkisten waren gegen den Maastrichter Vertrag, weil sie ihn als kapitalistisches Projekt bezeichneten. Der Front National betonte dagegen, er sei eine Bedrohung

für Frankreichs Souveränität – ein Motiv, dass auch die Kritiker aus den Reihen der bürgerlichen Rechten vertraten, wie etwa Philippe Séguin aus der RPR und Philippe de Villiers aus der UDF. Die meisten der Gegner konstruierten überdies eine angebliche Spaltung zwischen „dem Volk“ und „den Regierenden“. Die Verteidiger des Vertrages um François Mitterrand betonten dagegen, es gebe keine Alternative zur Fortsetzung der Integration, wenn man Frieden in Europa sowie eine demokratischere und sozialere EU wolle. Während also die Befürworter argumentierten, der Maastrichter Vertrag werde die EU dem Ähnlicher machen, was Frankreich anstrebe, betonten die Gegner, Maastricht gehe gegen Frankreichs Interessen. Das Referendum ging sehr knapp aus: gut 51% der Wähler stimmten für, 49% gegen den Vertrag.

In der Debatte 2005 veränderten sich die Rollen der Beteiligten. Insbesondere war die inzwischen oppositionelle sozialistische Partei klar gespalten, das galt aber auch für die Grünen. Zwei Motive die in der Debatte genutzt wurden, existierten bereits 1992:

Das *national-republikanische Motiv*, das 1992 vor allem von Séguin geprägt worden war, wurde jetzt in unterschiedlichen Härten sowohl von Mitgliedern der der PS nahe stehenden national-republikanischen Strömung, wie Jean Luc Mélenchon, ein sozialistischer Abgeordneter, und Jean-Pierre Chevènement, Vorsitzender der national-republikanischen Partei MRC, als auch von den verbleibenden innerparteilichen Gegnern der bürgerlichen Rechten wie Philippe Dupont-Aignan und den Rechtsextremen vertreten.

Sie alle setzten dem Verfassungsvertrag klassische Motive französischer nationaler Identität entgegen: er widerspreche dem Ideal der einheitlichen und unteilbaren Nation (*la nation une et indivisible*), die das Herz der Republik sei sowie der unteilbare Souverän. Diese Idee ist in der französischen politischen Kultur so stark verwurzelt, dass die Befürworter beider Verträge 1992 und 2005 jeweils explizit erklärten, weshalb die Verträge nicht dem Prinzip der einheitlichen und unteilbaren Nation widersprächen. Das national-republikanische Motiv konstruiert Frankreich, seine Nation und seine republikanischen Werte als „das Eigene“, während die EU „das Andere“ ist, das – in der härtesten Variante der Argumentation - allem widerspricht, was „das Eigene“ definiert. Ein anderes Motiv des Jahres 1992 gewann 2005 größere Bedeutung: das *populistische Motiv*, das einen Gegensatz zwischen der hart arbeitenden Bevölkerung als „dem Eigenen“ und angeblich korrupten und arroganten politischen Eliten als „dem Anderen“ konstruiert.

Die Debatte von 2005 brachte aber auch drei gegenüber 1992 neue Motive hervor:

Das *linke* beziehungsweise *antikapitalistische* Motiv argumentierte, der Verfassungsvertrag sei nicht sozial genug und werde die gute sozialstaatliche Versorgung Frankreichs gefährden – diese ist traditionell für Sozialisten wie Gaullisten essentieller Teil der republikanischen Identitätskonstruktion. Dieses Motiv wurde etwa vertreten von Laurent Fabius, ehemaliger Premier und stellvertretender Vorsitzender der Sozialisten. Die extreme Linke (ATTAC, Trotzisten und Kommunisten), spitzte es noch zu. Sie prägte zwei Schlüsselbegriffe der Kampagne: *ultralibéralisme* („Ultraliberalismus“, zu verstehen als eine Form von gnadenlosem Manchester-Kapitalismus), und *délocalisations*, Standortverlagerungen in Staaten mit niedrigeren Löhnen, die

angeblich durch den Vertrag begünstigt würden. Die Gegner der Linken und extremen Linken konstruierten also Frankreich und seine republikanischen und sozialen Werte wiederum als „das Eigene“, das verteidigt werden musste gegen „das Andere“ in Gestalt von namenlosen „Ultraliberalisten“ die irgendwo in Brüssel angesiedelt waren und von französischen Politikern unterstützt wurden.

Das *fremdenfeindliche Kampagnenmotiv* der Angst vor Immigranten wurde von Gegnern auf der Linken wie auch auf der Rechten genutzt. Sie prägten das Schlagwort des polnischen Klempners (*plombier polonais*), der nach Frankreich kommen und französischen Handwerkern die Arbeitsplätze wegnehmen werde. Auch dieses Motiv zeigt eine klare Unterscheidung vom „Eigene“ (der ehrliche französische Handwerker) und „Fremden“ (Horden polnischer Klempner, die ehrlichen französischen Handwerkern die Arbeit wegnehmen).

Insbesondere die rechtsextremen, aber auch Politiker der Mitte betonten schließlich die Gefahren eines Türkeibeitritts, der mit der Verfassung erleichtert werde. Dieses *antimuslimische Motiv* konstruiert Frankreich – oder eventuell auch das christliche Europa – erneut als „das „Eigene“ und den mehrheitlich islamischen Staat Türkei als „das Andere“.

Die Befürworter gingen dagegen vor wie schon 1992: sie erklärten, der Verfassungsvertrag werde eine bessere, sozialere und demokratischere EU bringen – eine EU also, die französischen Interessen besser angepasst sei. Sie versuchten damit, alle angeblichen Gegensätze vom „Eigene“ und „Anderen“, die die Gegner konstruiert hatten, zu widerlegen. Für sie war der Verfassungsvertrag entweder ein Mittel, das französische „Eigene“ auf den Rest der EU auszudehnen, oder aber dazu, das europäische „Eigene“ französischer zu machen. Insgesamt wollten sie zeigen, dass die EU ein „Eigenes“ war, das größer war als Frankreich allein.

Der Ausgang des Referendums 2005 war jedoch negativ für den Verfassungsvertrag: 54,7% der Teilnehmenden stimmten dagegen. Anders als 1992 stimmten dieses Mal 60% der potenziellen Wähler der Sozialisten mit „Nein“ – was sich als entscheidend erwies. Das Wählerpotenzial der Gaullisten stimmte dagegen mehrheitlich mit „Ja“. Was die zentralen Motive für die Abstimmung betrifft, so zeigen sie, dass sich insbesondere die linke EU-Kritik durchsetzte - die am häufigsten genannte Erklärung war, dass der Verfassungsvertrag sich negativ auf die Beschäftigungssituation in Frankreich auswirken werde (31%) und die ökonomische Situation in Frankreich zu schlecht für eine Verfassung sei (26%), gefolgt von der Kritik, der Verfassungsvertrag sei zu neoliberal (19%).

3.2. EU-Referenden und Identifikation mit der EU: das französische Referendum im Vergleich

Wie ist die Rolle von Referenden und Referendumsdebatten grundsätzlich zu beurteilen, und welche Faktoren sind hier entscheidend? Eine vergleichende Betrachtung bisheriger EU-Referenden und Beitrittsreferenden zeigt, dass sie durch ähnlich gelagerte Konstellationen und Meinungsbilder bestimmt wurden: Erstens schafft eine Einigkeit der politischen Funktionselemente und Parteien in einer Position für die EU ein Meinungsklima, in dem Referenden eher positiv ausgehen – und umgekehrt ist es bei einer Zersplitterung der politischen Eliten (vgl. Kaiser u.a. 1995: 3ff). Zweitens wirkt sich eine ausreichende Information der Wahlbevölkerung zugunsten eines positiven

Ausgangs der Referenden aus (vgl. Schwarz 2002). Bei den empirischen Untersuchungen der Referenden zum Verfassungsvertrag wurde dagegen ein signifikanter (subjektiver wie objektiver) Informationsmangel diagnostiziert (Eurobarometer 2004: 19ff), in den Niederlanden wurde dieser sogar als Hauptgrund für die Ablehnung angegeben (32%; Eurobarometer 2005b: 15). Drittens sind für eine Zustimmung eher abstrakt positive Einstellungen der Bürger entscheidend, während negative Voten mit konkreten Befürchtungen verbunden sind (vgl. Eurobarometer 2005: 15; Eurobarometer 2005b: 13; Eurobarometer 2005c: 11; Kaiser u.a. 1995: 7f). Ein negativer Ausgang der Referenden tritt tendenziell dann auf, wenn solche Befürchtungen gegenüber einer insgesamt positiven Einstellung überwiegen. 6% der Befragten gaben an, sie seien gegen den EU-Beitritt der Türkei (Eurobarometer 2005: 15). Diese Ausführungen deuten darauf hin, dass wesentliche Gründe für den negativen Ausgang des Referendums in Frankreich in einem sich gegenseitig verstärkenden, negativen Zusammenspiel von drei Faktoren zu sehen sind: Erstens der Zerstrittenheit der (großen) Parteien, zweitens einem signifikanten subjektiven wie objektiven Informationsmangel der französischen Bevölkerung, und drittens konkreten Befürchtungen, die mit dem Verfassungsvertrag verbunden waren.

3.3. Deutsche europäische Identität

Die deutsche „Europaerzählung“, wie sie von Adenauer begonnen wurde, hat ganz andere Ursprünge und eine andere Ausrichtung als die französische. Die europäische Integration war ja zum einen darauf angelegt, Deutschland ins europäische Mächtegleichgewicht einzubinden – zum anderen war sie aber auch für Deutschland die Chance zu einer schnellen „Normalisierung“ seines Status und auch für ein schnelles ökonomisches Wachstum. Statt potenziell um das Aufgeben von Souveränität ging es also in Deutschland von Beginn der europäischen Integration an darum, Souveränität überhaupt erst zu *erlangen*. Ohne die europäische Integration hätte Deutschland seine Teilsouveränität nicht annähernd so schnell erlangt, und auch eine Wiederbewaffnung wäre kaum möglich gewesen.

Die Christlich-demokratischen Parteien begannen unmittelbar nach dem Krieg, die europäische Einigung als Alternative zu Nationalismus und Nationalsozialismus, aber auch zum Kommunismus zu betonen. Christentum, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft wurden zu Kernbestandteilen der dominierenden deutschen „Europaerzählung“. Die oppositionellen Sozialdemokraten vertraten dagegen bis in die 1960er Jahre hinein das Konzept von Europa als „Drittem Weg“ und richteten sich deshalb zunächst gegen die tatsächlich stattfindende Integration. Sie waren sich jedoch mit den Christdemokraten in der Abgrenzung zum Nationalsozialismus einig (Marcussen u.a. 2001: 110).

Ab den 1960er Jahren veränderte sich jedoch die Position der Sozialdemokraten und es entstand ein Lager übergreifender Elitenkonsens, der sich über mehrere Regierungswechsel und auch die Wiedervereinigung hinaus nicht änderte: nur die weitere Integration innerhalb der EU könne Deutschland fest im Westen verankern und den Frieden sichern. Dieser Elitenkonsens zeigte sich auch bei der Abstimmung im Bundestag über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages: 568

Abgeordnete stimmten zu (das waren 95%), 2 enthielten sich, 23 stimmten dagegen, davon 20 aus den Reihen der Union. Den wenigen Gegnern wurde von ihren Fraktionen jedoch keine Redezeit zugestanden (Spiegel 2005).

Was die Meinung der Bevölkerung zur EU anbelangt – abgefragt im Eurobarometer mit Formulierungen wie „Finden Sie, dass die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU grundsätzlich eine gute Sache ist?“, so liegen die Raten in Deutschland seit vielen Jahren ähnlich wie in Frankreich kontinuierlich über 50%. Im Frühjahr 2005 waren etwa 58% der Befragten dieser Meinung (Eurobarometer 2005d: 15). Diese Quote ist nicht nur weit von den 95% der Abgeordneten im deutschen Bundestag entfernt, die dem Verfassungsvertrag zustimmten – sie unterscheidet sich auch kaum signifikant von der der französischen Bevölkerung. Da aber breite öffentliche Debatten über die europäische Integration in Deutschland bisher nicht vorkommen, auch wenn die presseöffentliche Darstellung der EU-Ebene intensiver wird (und auch die Debatte um die Ratifizierung des Verfassungsvertrages lässt sich nicht als „breit“ charakterisieren), hat die Skepsis der verbleibenden über 40% der Befragten bislang noch keinen öffentlichkeits- oder aktionswirksamen Raum.

4. Erste Ergebnisse

Abschließend möchte ich wesentliche meiner bisherigen Ergebnisse zusammenfassen. In Bezug auf die drei zentralen Untersuchungsfragen - Inwieweit ist die Herausbildung europäischer Identität an die Veränderung nationaler Identität gekoppelt, inwiefern haben nationale politische Kultur und nationale politischer Systeme Auswirkungen auf die Herausbildung europäischer Identität sowie ihre Beziehung zu nationaler Identität, und welche Anhaltspunkte gibt es dafür, dass, *ob und wie* Identität bildende, vorwiegend elitäre Diskurse und die Entwicklung von Identifikation der Bevölkerung *aufeinander bezogen* sind? – zeigt sich, dass die Kontexte in Deutschland und Frankreich zu sehr unterschiedlichen Zusammenhängen führen.

4.1. Deutschland:

Auf der *Elitenebene* besteht hier seit über 50 Jahren ein integratives Modell nationaler und europäischer Identität. Es gibt einen weitestgehender Elitenkonsens für die Integration. Die EU war die Chance, Souveränität überhaupt erst zu erlangen, niemals aber symbolisierte sie ernsthaft die Gefahr, diese zu verlieren. Ein französischer Kollege sagte mir dazu sehr treffend: „In Deutschland gilt EU doch einfach als die nächsthöhere Ebene des Föderalismus“!

Auf der *Bevölkerungsebene* verhält es sich dagegen ähnlich wie in Frankreich: die Unterstützungsraten für die EU liegen konstant zwischen 50 und 70%. Zweifel und latente Konflikte zwischen nationaler und europäischer Identität sind hier eher verbreitet.

Zu einer Interaktion beider Ebenen kam es bisher jedoch kaum. Die etwa 40% Skeptiker in der Bevölkerung brechen sich nicht Bahn, weil es für sie keinen Resonanzboden gibt – es gibt weder eine breite Debatte, noch eine Skepsis bei signifikanten Teilen der Eliten.

4.2. Frankreich:

Auf der Elitenebene wurde die EU von Beginn an als potenzielle Gefahr für das Französische Modell der *nation une et indivisible* betrachtet. Es gibt seit jeher eine latente Spaltung der politischen Klasse und inhärente Widersprüche in der Europapolitik. Zwar ist die Mehrheit der politischen Klasse konstant für die Integration, aber der Anteil der Skeptiker ist viel größer als in Deutschland. Die französische Europaerzählung ist deshalb viel labiler als die deutsche.

In der *Bevölkerung* liegen wie auch in Deutschland die Unterstützungsraten für die EU-Mitgliedschaft konstant zwischen 50 und 70%. Allerdings ist auch diese Unterstützung durch den latenten Gegensatz zwischen französischer nationaler Identität und europäischer Integration labil. Besonders interessant ist aber, dass es durch die Spezifika des französischen politischen Systems zu Interaktionen zwischen beiden Ebenen kommt. Besonders in Referendumsdebatten interagieren die etwa 40% Skeptiker der Bevölkerung mit den Eliten. Es gibt empirische Anzeichen dafür, dass diese Beeinflussung in beide Richtungen funktioniert: einer meiner Kollegen hat nachgewiesen, dass Abgeordnete der Nationalversammlung dann eher gegen den Vertrag stimmten, wenn ihre Wahlkreise mehrheitlich dagegen waren, und umgekehrt zeigte sich, dass bestimmte Auftritte von Politikern in der Debatte die Meinungen zum Vertrag beeinflussten (Rozenberg 2005). In der Debatte nutzten die Gegner die inhärenten Widersprüche zwischen Frankreichs Nationalerzählung und der europäischen Integration. Insbesondere weil dazu 2005 noch andere ungünstige Faktoren der politischen Konjunktur kamen – eine hohe Arbeitslosigkeit und eine große Unzufriedenheit mit der Regierung – reichte das Gemisch, um das Ergebnis kippen zu lassen.

Literaturangaben:

- Anderson, Benedict 1993 Die Erfindung der Nation. Frankfurt: Campus
- Balme, Richard / Woll, Cornelia 2005: France: between Integration and National Sovereignty. In: Bulmer, Simon / Lequesne, Christian (Ed.): The member states and the European Union, Oxford: Oxford University Press, p. 97-118
- Bréchon, Pierre / Cautrès, Bruno / Bernard, Denni : L'évolution des attitudes à l'égard de l'Europe, in: Perrineau, Pascale and Ysmal, Colette (ed.), *Le vote des douze. Les élections européennes 1994*. Paris: Presses de Sciences Po 1995, 153-180.
- Delanty, Gerard 1999: Die Transformation nationaler Identität und die kulturelle Ambivalenz europäischer Identität. Demokratische Identifikation in einem postnationalen Europa, in: Viehoff R./Segers, R.T. (Hg.) 1999: Kultur. Identität. Europa. Frankfurt/Main Suhrkamp
- Duhamel, Olivier 2005: Des raisons du „Non“. Paris : Editions du seuil.
- Eurobarometer 2004: The Future European Constitution (Wave 2) Flash Eurobarometer 159/2; http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl159_2en.pdf
- Eurobarometer 2005 : La Constitution européenne: sondage post-référendum en France. Flash Eurobaromètre 171; http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl171_fr.pdf
- Eurobarometer 2005b: The European Constitution: post-referendum survey in the Netherlands. Flash Eurobarometer 172; http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl172_en.pdf

- Eurobarometer 2005c : La Constitution européenne: sondage post-référendum au Luxembourg.
Flash Eurobaromètre 173;
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl_173_postref_lux_fr.pdf
- Eurobarometer 2005d: Eurobarometer 63.4: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union.
Frühjahr 2005: Nationaler Bericht Deutschland. Download unter:
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_nat_de.pdf, download am 6.11.2007
- Foucault, Michel 1981: Archäologie des Wissens, Frankfurt /Main: Suhrkamp
- Foucault, Michel 1997: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt / Main: Fischer
- Gellner, Ernest 1991: Nationalismus und Moderne. Berlin: Rotbuch Verlag
- Giesen, Bernhard 1993: Die Intellektuellen und die Nation. Frankfurt / Main: Suhrkamp
- Gläser, Jochen / Laudel, Grit 2004: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS-Verlag
- Habermas, Jürgen 1997: Die Einbeziehung des Anderen. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Hahn, Hans-Henning (Hg.) 1995: historische Stereotypenforschung. Methodische Überlegungen und empirische Befunde. Oldenburg: BIS
- Hobsbawm, Eric J. 1991: Nationen und Nationalismus. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg
- Immerfall, Stefan / Sobisch, Andrea 1997: Europäische Integration und europäische Identität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/1997, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 25-37
- Johnstone, Barbara 2001: Discourse Analysis. Oxford: Blackwell Publishers
- Kaiser, Wolfgang / Hjelseth, Arve / Jenssen, Anders / Listhaug, Olga / Malmström, Cecilia / Visuri, Pekka 1995: Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Verlauf, Ergebnisse, Motive und Folgen. Wien: Institut für Höhere Studien. Schriftenreihe des Instituts für Höhere Studien Nr. 23/März 1995
- Kelle, Udo / Kluge, Susanne 1999: Vom Einzelfall zum Typus. Opladen: Leske + Budrich
- Keller, Reiner 2004: Diskursforschung, Opladen: Leske + Budrich
- Kielmannsegg, Peter Graf 1996: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate 1996: Europäische Integration, Opladen: Leske+Budrich
- Kielmannsegg, Peter Graf 2003: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate 2003: Europäische Integration, Opladen: Leske+Budrich, 2. Auflage
- Langenohl, Andreas 2000 Erinnerung und Modernisierung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Lepsius, M. Rainer 1999: Die europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität, in: Viehoff, R./Segers, R.T. (Hg.) 1999: Kultur. Identität. Europa. Frankfurt/Main Suhrkamp
- Marcussen, Martin / Risse, Thomas / Engelmann-Martin, Daniela / Knopf, Hans-Joachim / Roscher, Klaus 2001: Constructing Europe? The Evolution of Nation-State Identities, in: Christiansen, Thomas / Joergensen, Knud Erik / Wiener, Antje (Hg.) 2001: The Social construction of Europe. London: Sage
- Rozenberg, Olivier 2005: Le Parlement français et l'Union européenne (1993-2005) : l'Europe saisie par les rôles parlementaires (Dissertation), Paris: Institut des Etudes Politiques
- Scharpf, Fritz 1998: Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie, in: Greven, Michael Th. (Hg.) 1998: Demokratie – eine Kultur des Westens? Opladen: Leske + Budrich
- Schmidberger, Martin 1998: EU-Akzeptanz und europäische Identität im deutsch-französischen Grenzgebiet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25-26/1998, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 18-25
- Schwarz, Oliver 2002: Treaty of Nice: Twelve Points;
http://www.europa-digital.de/laender/irl/eu_pol/nizza/ja.shtml

- Spiegel 2005: 95 Prozent Zustimmung, null Begeisterung, Spiegel-Online, <http://www.spiegel.de/jahreschronik/0,1518,387863,00.html>, download am 6.11.2007
- Tajfel, H. / Turner J.C. 1986: The social identity theory of intergroup behaviour, in: Worchel, S. / Austin, W.G. (Hg.) Psychology of Intergroup relations, Chicago
- Taylor, Charles 1997: Die Politik der Anerkennung, in: Taylor, Charles (ed.) 1997: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/Main, p. 13-78
- Thadden, Rudolf von 1991 Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Giesen, Bernhard (Hg.) 1991: Nationale und kulturelle Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Titscher, Stefan / Meyer, Michael / Wodak, Ruth / Vetter, Eva 2000: Methods of Text and Discourse Analysis. London: SAGE
- Weiler, Joseph H.H. 1995 Der Staat 'über alles' - Demos, Telos und die Masstricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Jean Monnet Working Papers 7/95; <http://www.jeanmonnetprogram.org/papers/95/9507ind.html>
- Weiss, Gilbert 2003: Die vielen Seelen Europas. Eine Analyse "neuer" Reden zu Europa, in: Mokre, Monika (Hg.) 2003: Europas Identitäten: Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt / Main: Campus
- Westle, Bettina 2003: Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 44, Heft 4, S. 453-482, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Wodak, Ruth / Puntcher-Riekman, Sonja 2003: "Europe for all" - diskursive Konstruktionen europäischer Identität, in: Mokre, Monika (Hg.) 2003: Europas Identitäten: Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt / Main: Campus
- Wood, Linda A. / Kroger, Rolf O. 2000: Doing Dicourse Analysis. London: SAGE